



2010 – Ein wirklich ereignisreiches Jahr!

Das gerichtlich bestätigte Scheitern des LVM, Personalratswahlen in der Polizei, Aktionen gegen Einsparmaßnahmen und Verschlechterungen in der Arbeitswelt und große, engagierte Arbeit in der direkten Betreuung unserer Kolleginnen und Kollegen in der Polizei und viele andere wichtige Aufgaben liegen bereits wieder hinter uns. Ein Jahr, in dem es wieder darum ging, negative Auswirkungen hemmungsloser Sparpolitik zu verhindern. Ein Sparkurs, den keiner unserer Kolleginnen und Kollegen zu verantworten hat. Dazu ein erneut angefachter Konflikt in der Atomfrage, der der Polizei alles abverlangte.

Hatte die Hamburger Polizei nur einen Kompromiss verdient?

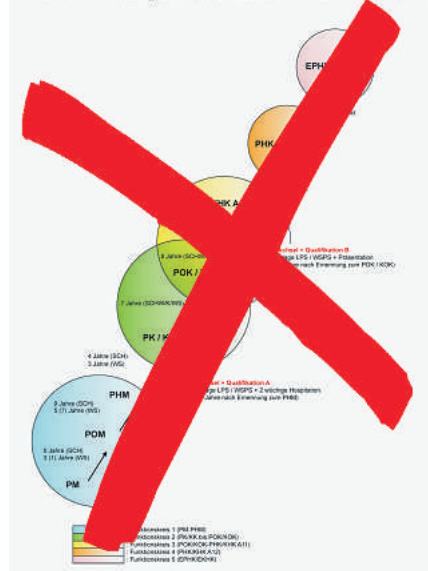
In der jüngsten Zeit haben die Auswirkungen erster Beschlüsse des Oberverwaltungsgerichts Hamburg im Zusammenhang mit Klagen gegen das Vorgehen bei Ernennungen im Rahmen des Laufbahnverlaufmodells (LVM) für große Betroffenheit bei vielen Kolleginnen und Kollegen gesorgt. Bei vielen wurde quasi auf der Zielgeraden das Rennen für ungültig erklärt, weil man die Entfernung falsch gemessen hatte.

Ausdrücklich steht die GdP zur Notwendigkeit, für alle Beschäftigten ein transparentes und verlässliches Beförderungssystem zu schaffen. Die ist vor allem Verpflichtung politisch Handelnder. Die wirkliche Alternative, die sowohl dem Anspruch an eine moderne Polizei als auch deren stetig gewachsenen Anforderungen gerecht wird, wird mittlerweile auch von anderen unterstützt. Polizeiarbeit ist Aufgabe im Laufbahnabschnitt 2. Eine praxisorientierte Ausbildung, die im Rahmen einer Hochschulausbildung angeboten wird, ist dafür zwingende Voraussetzung. Unbestritten ist die Notwendigkeit, die finanziellen Mittel dafür langfristig zur Verfügung zu stellen. Und ge-

nau darauf sind alle Kräfte zu richten, damit dieser Weg eingeschlagen wird.

Die jetzt auf den Weg gebrachten Modifizierungen durch eine veränderte LaufbahnVO Polizei, eine neue Beförderungsrichtlinie sowie ein neues Beurteilungssystem dienen dem Zweck, ein vor-

Funktions- und leistungsorientiertes Laufbahnverlaufmodell bis A11



allem rechtssicheres Beförderungssystem zu schaffen. Wir werden die Entwicklungen konstruktiv begleiten.

Das personelle Schreckgespenst ... und die Realität an Hamburger Polizeidienststellen

Senat und Opposition streiten um den personellen Bestand der Hamburger Polizei. Je nach politischer Ausrichtung wird der Betrachtungszeitraum ausgedehnt. Das Ziel dabei ist jedoch nicht, Fehler einzugestehen, sondern mit dem Finger auf andere zu zeigen. Verantwortung für die jeweiligen Personalzahlen haben die anderen. Im letzten Jahrzehnt sind die Weichen für die derzeitige Personalsituation gestellt worden. Welche Zahlen herangezogen werden, hängt von der aktuellen politischen Verantwortung ab.

Ab 2005 konnte man an den Dienststellen feststellen, dass sich die personelle Ausstattung deutlich verbesserte. Verünftigte Stärken in den Dienstgruppen, in den Zügen der LBP, in der VD, eine Stärkung der Präsenz und eine ausreichende Besetzung in den Kommissariaten war die Folge. Die Arbeit konnte bewältigt werden, Wartezeiten für den Bürger wurden verringert. Trotz steigender AAH-Aufrufe passten die Schichtstärken.

Mit der Mitte letzten Jahres verfügten Auflösung der DGP wurde der vorläufige Tiefpunkt der Personalreduzierung erreicht. Abgeschmolzene Dienstgruppen, große Lücken im Ermittlungsdienst, zeitweise Reduzierung der Hundertschaften auf eine Drei-Zug-Gliederung und fehlende Mitarbeiter in der Verkehrsüberwachung sind nur einige Beispiele, welche Folgen der Personalabbau in den letzten vier Jahren hatte. Und die aktuellen Sparbeschlüsse fordern eine weitere Personreduzierung um 50 Stellen.

Darüber hinaus wird eine einheitliche Dienstzeitregelung für alle PK entwickelt. Damit soll vermutlich der personelle Mangel, der überall nicht mehr zu übersehen ist, weiter verwaltet werden. Und ein Zeichen der Besserung ist nicht in Sicht. Es bieten sich aus Sicht der GdP Hamburg nur zwei Möglichkeiten an: Zunächst bedarf es trotz einer schwierigen finanziellen Situation eines Bekenntnisses zur Polizei, das nicht nur warme Worte, sondern auch eine personelle Stärkung vorsieht.

Daneben sind alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um mit einer ehrlichen Aufgabenkritik und dem Nutzen aller technischen Möglichkeiten effizientere Arbeitsabläufe zu entwickeln.

Die Innere Sicherheit hat sich dem Spardiktat des Senats unterworfen. Ohne spürbaren Widerstand werden auf dem Altar der Sparverpflichtungen auch Stellen im Polizeivollzug geopfert. Das gespart werden muss, ist nachvollziehbar, aber wir fordern den Innensenator und die Verantwortlichen in der Polizei auf,

Fortsetzung auf Seite 2



Fortsetzung von Seite 1

sich ehrlich dieser Verantwortung zu stellen und den Personalabbau auch zuzugeben. Es ist politisch unbequem und ein Armutszeugnis schwarzgrüner Politik, es wäre aber ehrlich.

Weihnachtsgeldkürzung ist Gehaltskürzung und Wortbruch!

Noch vor wenigen Monaten hatte der ehemalige Bürgermeister von Beust erklärt, es werde kein Sonderopfer des öffentlichen Dienstes geben. Die Sparpläne des Senats sprechen eine deutlich andere Sprache. Die einzigen wirklich bezifferbaren Kürzungen sind die Streichung des Weihnachtsgeldes für die Beamtinnen und Beamten der Besoldungsgruppen ab A 13 aufwärts und die deutliche Kürzung dieser Leistung aller niedrigeren Besoldungsgruppen. Wir fordern den Senat der Freien und Hansestadt Hamburg auf, die geplanten Kürzungen beim Weihnachtsgeld zurückzunehmen und eine Haushaltspolitik zu machen, die die Leistungs-



fähigkeit des öffentlichen Dienstes nicht herabsetzt, sondern sicherstellt und ausbaut. Der öffentliche Dienst ist für die Menschen da. Er ist nicht das Sparschwein zur Sanierung öffentlicher Haushalte. Deshalb: „Hände weg vom Weihnachtsgeld!“. Im Herbst und zuletzt auf der Protestversammlung im Anschluss an die Personalversammlung Ende November hat die GdP zusammen mit vielen anderen Gewerkschaften und Berufsvertretungen erneut ein wichtiges und nicht mehr wegzuwischendes Zeichen gesetzt.

GdP gewinnt zwei Sitze hinzu!

Von den 25 Sitzen des Personalrats der Polizei entfallen zukünftig sieben Sitze auf die GdP. Sowohl im Bereich der Beamten als auch bei den Arbeitnehmern gewann die GdP Stimmen hinzu. Allein bei den Beamten entschieden sich über 430 Kolleginnen und Kollegen mehr für die GdP.

Uwe Koebel, Landesvorsitzender der GdP Hamburg, machte bei der Bewertung des Wahlergebnisses deutlich:

„Ein gutes Ergebnis für unsere GdP. Wir sind auf einem richtigen Weg! Das Engagement meiner Kolleginnen und Kollegen in ihrer Freizeit für die GdP hat sich ausgezahlt. Und dann zwei Sitze dazuzugewinnen, zeigt mir, dass es sich auch gelohnt hat. Ich danke allen, die zu ihrer GdP stehen und uns ihre Stimme gegeben haben. Dies wird uns auch weiter anspornen, neben unserer verstärkten gewerkschaftlichen Arbeit auch im Personalrat weiter aktiv zu sein. Wir stehen im neu zu konstituierenden Personalrat der Polizei für eine konstruktive Zusam-

menarbeit in allen Themenbereichen der Personalvertretung bereit.“

In der Zwischenzeit hat sich die Zusammenarbeit im Personalrat stabilisiert und ist durch eine im Wesentlichen konstruktive Zusammenarbeit gekennzeichnet.



PR-Wahl 2010

„Gewalt-Studie“ zwischen die Mühlensteine geraten – Auf belastbare Daten zur Gewalt gegen Polizeibeamte muss weiter gewartet werden

Mit einer Positionsentscheidung des damaligen Innensenators und jetzigem Bürgermeister Ahlhaus endete für Hamburger Kolleginnen und Kollegen die Chance, sich an einer bundesweit angelegten Studie zum Thema „Gewalt gegen die Polizei“ zu beteiligen.

„Die Studie habe keine Akzeptanz mehr bei den Polizeibeamten“. Um die Vorgänge, die möglicherweise zu dieser Entscheidung geführt haben, zu verstehen, bedurfte es einer Betrachtung der Zeitabläufe und Wechselwirkungen zwischen Interessenvertretungen und der Politik.

Die GdP hat sich seit langem dafür eingesetzt, dass die Studie „Gewalt gegen Polizei“ aus dem Jahr 2002 fortgesetzt und aktualisiert wird. Allein dieses Vorhaben hatte aber zu Widerstand in der Politik geführt. Die Position des Bundesvorsitzenden der GdP, Konrad Freiberg: „Vielleicht gibt es Verantwortungsträger in unserem Land, die kein Interesse da-



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: Landesbezirk Hamburg

Geschäftsstelle:
Hindenburgstraße 49
22297 Hamburg
Telefon (0 40) 28 08 96 - 0
Telefax (0 40) 28 08 96 - 18
E-Mail: gdp-hamburg@gdp-online.de
www.gdp-hamburg.de

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:
Montag bis Mittwoch 7.30 bis 16.00 Uhr
Donnerstag 7.30 bis 16.30 Uhr
Freitag 7.30 bis 14.00 Uhr

Redaktion:
Jörn Clasen (Vi.S.d.P.)
Tresckowstraße 31
20259 Hamburg
Telefon (0 40) 40 60 30
E-Mail: joernclasen@web.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleucker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 32
vom 1. April 2009

Anzeigen-Repräsentant:
Walter Grote
Odenwaldstraße 14, 20255 Hamburg
Telefon (040) 40 94 34

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6438



LANDESBEZIRKSVORSTAND



ran haben zu erfahren, wie ernst die Lage der Gewalt gegen die Polizei ist.“

Auf Initiative der DPoIG in Hamburg sowie des Personalrats der Polizei wurde zur Studie Position bezogen. Die nach Streichung der vielfach kritisierten Fragenbereiche verbleibende Kritik des Personalrats der Polizei in Hamburg war: „Dem Personalrat wird aus dem vorliegenden Fragebogen nicht ersichtlich, wie das Ziel, die Feststellung einer zunehmenden Gewalt gegen Polizeibeamte und die Erforschung der Ursachen und Hintergründe beim polizeilichen Gegenüber, mit diesem Fragebogen erfolgen soll bzw. kann.“ Darüber hinaus wurde das Problem des Datenschutzes thematisiert.

Kurz nach der IMK fand sich keine Mehrheit mehr für die Durchführung dieser aus Sicht der GdP notwendigen Studie.

Und auch der Bundesinnenminister machte deutlich, dass der Bund sich ebenfalls nicht mehr an der „Gewaltstudie“ beteiligen wird. Das Fazit: „In der föderalen Kleinstaaterei scheinen Fragen der inneren Sicherheit mehr und mehr unterzugehen“, so der Bundesvorsitzen-

de der GdP. „Damit wurde vorläufig eine Chance vertan, belastbare Erkenntnisse über Ausmaß und Intensität der anwachsenden Gewalt für konkrete Maßnahmen zum besseren Schutz unserer Kolleginnen und Kollegen und für die Bekämpfung der Ursachen dieser Gewaltentwicklung zu erhalten.“

Seit Beginn der Studie wurde in diversen Veranstaltungen, unter anderem in einer Auftaktveranstaltung zu diesem Thema in Hamburg, eindringlich auf das zunehmende Problem der massiv steigenden Gewalt gegen Polizeibeamte aufmerksam gemacht. Eine Gesetzesinitiative im Herbst führte zu einer Strafverschärfung, dennoch bleibt die Forderung der GdP weiter bestehen: Ein eigener Straftatbestand für die Ahndung von Gewalt gegen Polizeibeamte!

Immer wieder für unsere Kolleginnen und Kollegen unterwegs!

Mittlerweile ist es keine Seltenheit mehr, am Wochenende oder an Feiertagen aktive Gewerkschaftsmitglieder der GdP vor Ort zu treffen.

In ihrer Freizeit sind sie dort anzutreffen, wo es gilt, zu unterstützen und mit einem warmen Kakao oder einer kleinen Aufmerksamkeit den Dienst zu erleichtern. Dass dabei auch Probleme in der

- die zu befürchtenden Sparbeiträge, die wohl auch der WSP abverlangt werden,
- die Personalknappheit aufgrund anstehender Pensionierungen und unzureichender Neueinstellungen und die dadurch kaum noch erträgliche Einsatz-



belastung unter anderem durch BAO Florian/Schwertransporte,

- immer noch aktuell – die Ungerechtigkeit bei der Dienstzeitregelung für die Tagesausendienstler, deren Pausen im Gegensatz zum Schichtdienstler nicht als Dienstzeit anerkannt werden, obwohl beide gleiche Aufgaben wahrnehmen und sogar als gemischte Besatzungen fahren,
- Sachstand LVM und die Auswirkungen der neuen Beförderungsrichtlinie

„Einmischen – Mitreden – Mitgestalten“ – AG Soziales konstituiert!

Auf dem Delegiertentag im Oktober letzten Jahres wurde der Antrag zur Gründung einer „sozialpolitischen Arbeitsgruppe“ einstimmig angenommen und nunmehr mit Leben gefüllt. Anfang April fand daraufhin die konstituierende Sitzung der Arbeitsgruppe Soziales statt. Durch den gLBV wurde Marit Pufahl als Sprecherin der Gruppe benannt.

Damit ist ihr Einzelkämpferdasein für „Soziales“ nun vorbei! Das Team der AG kommt aus allen Bereichen der Polizei sowie dem LBV und möchte gemeinsam für euch sozialpolitische Themen und von euch nachgefragte Themen gemeinverständlich aufbereiten. Im Fokus der aktuellen Arbeit steht das Problemfeld Diabetes in der Polizei.

Der Landesbezirksvorstand



Vor Ort: Gerhard Kirsch

Polizei diskutiert werden, gehört mittlerweile wie selbstverständlich dazu.

Probleme bei der Wasserschutzpolizei

Mit einem hohen persönlichen Engagement und einer weitreichenden Fachkenntnis setzen sich die Kollegen des Fachbereichsvorstands der Wasserschutzpolizei für ihren Bereich ein. Wichtige Themen bei den zahlreichen Gesprächen sind unter anderem:



Die Beförderungsrichtlinie der Polizei Hamburg: eine erste Bewertung

Ach, waren das noch Zeiten, als der Ruf des Personalrates „Jeder wird A 11“ durch die Säle und Flure hallte. Jeder erinnert sich auch noch gerne an die Aussage in einem Flugblatt einer Polizeigewerkschaft, aufgelegt aus Anlass der Personalversammlung am 11. 5. 2007: „Das Machbare erkennen und dafür engagiert und mit Enthusiasmus für die Kolleginnen und Kollegen kämpfen, das ist die Sache der DPolG Hamburg. In „Utopia“, „Phantasia“ und sonstigen Wolkenkuckucksheimen mögen andere verharren.“

Das Verwaltungsgericht und das Oberverwaltungsgericht haben das

„Machbare“ gestoppt und Folgendes festgestellt: „Das Auswahlkriterium der Regelverweilzeit von sieben Jahren im Amt eines Polizei- oder Kriminalkommissars (A 9) für eine Beförderung nach A 10 ist mit Art. 33 Abs. 2 GG nicht vereinbar.“

Der Versuch verfassungsrechtliche Grundsätze in „Utopia“, „Phantasia“ und sonstigen Wolkenkuckucksheimen zu verorten, trägt nicht gerade rechtsstaatlichen Grundsätzen Rechnung.

Ja, es ist richtig, dass ca. 3000 Beförderungen realisiert wurden. Es ist aber auch richtig, dass davon viele Beförderungen Null-Summen-Spiele waren, denn eine Beförderung von A 9 mD (PHM) nach A 9 gD (PK) bringt kaum eine Besoldungsverbesserung. Aber genug in der Vergangenheit verweilt.

Jetzt plant die Polizei Hamburg die In-

kraftsetzung einer neuen Beförderungsrichtlinie zum Ende des Jahres 2010. Diese regelt die Voraussetzungen für die Teilnahme an der Beförderungsauswahl für die Beförderungsmänter A 8 bis A 11.

Diese neue Richtlinie legt nur noch eine Mindestverweilzeit fest, die regelhaft vier Jahre beträgt, mit der Möglichkeit der Verkürzung um bis zu einem Jahr. Es ist nun möglich, beim Erbringen sehr guter Leistungen bereits unterhalb von vier Jahren Verweilzeit in Statusmännern A 7 bis A 10 an der Beförderungsauswahl teilzunehmen. Diese Verkürzungsmöglichkeit war im LVM 2008 nur auf die Eingangsmänter A 7 bzw. A 9 beschränkt.

Weiterhin werden erstmals für alle Teilnehmer nachvollziehbar die Kriterien der Beförderungsauswahl festgelegt. Diese Kriterien stehen im Einklang mit der Rechtsprechung und orientieren sich zuerst an das Erbringen von entsprechenden Leistungen und nachrangig an

Frohe und erholsame Weihnachtstage, Gesundheit und ein erfolgreiches Jahr 2011 wünschen der Landesbezirk Hamburg der Gewerkschaft der Polizei und das Polizeisozialwerk allen Kolleginnen und Kollegen sowie deren Angehörigen und Freunden.



Der Landesbezirksvorstand

LANDESBEZIRKSVORSTAND/FACHBEREICH WSP

der verbrachten Verweilzeit im jeweiligen Statusamt. Das stellt gegenüber dem LVM 2008 ein Novum dar, denn im LVM 2008 orientierte sich die Beförderungsauswahl erstrangig am Erfüllen der geforderten Regelverweilzeit und nachrangig am Erbringen von Leistungen.

Dies bedeutet, dass das Erbringen von Leistungen nun stärker berücksichtigt wird und zu einem schnelleren Aufstieg führen kann, wobei aber auch erwähnt sein soll, dass das Erbringen gerade anforderungsgerechter Leistungen (im LVM 2008 reichten anfangs 2,3 Punkte für eine Beförderung aus) nicht mehr automatisch zu einer Beförderung führen wird.

Zusätzlich werden (über die Beurteilungsrichtlinie) erstmals Richtwerte zu beachten sein. Eine solche Richtwertvorgabe ist durch die Rechtssprechung anerkannt und für zulässig erklärt worden. Durch diese Richtwertvorgaben werden erstmals auch eine nachvollziehbare Anzahl der Beamten aufgezeigt, die auf Grund der erbrachten Leistung nach einer relativ kurzen Verweilzeit im Statusamt in das nächst höhere Statusamt befördert werden.

Auch hier findet ein Paradigmenwechsel statt. War nach dem LVM 2008 das Finden der Leistungsträger ausschließlich von dem Feststellen von nicht ernennungsfähigen Beamten abhängig, so wird nun ausschließlich die Beförderungsauswahl nach der erbrachten Leistung vorgenommen. Es muss nun kein Erst- und Zweitbeurteiler „Schlechtleister“ finden, damit gute Beamte etwas früher befördert werden können.

Es liegt nun verstärkt in der Verantwortung der Erst- und Zweitbeurteiler, mittels korrekter Leistungseinschätzung, für das berufliche Fortkommen der ihnen unterstellten Beamten Sorge zu tragen.

Nicht mehr vorhanden ist die Verkürzungsmöglichkeit der Mindestverweilzeit für die Teilnahme an der Beförderungsauswahl bei Abschluss des LA I bzw. LA II mit der Note gut oder besser. Dies mag mit der Veränderung der Probezeit zusammenhängen, unterstreicht aber nicht das postulierte Ansinnen der Reform des Hamburgischen Beamtenrechts, wonach die Leistung in den Vordergrund rücken soll. Warum soll sich abgemüht werden, wenn die Laufbahnnote erst bei der Leistungsreihung berücksichtigt wird. Wenn man nicht prüfungsgebunden aufsteigen will, was man ja auch nicht mehr muss, um bis nach A 11 befördert zu werden, dann reichen ja auch 5 Punkte. Es könnte wieder verstärkt lauten: „5 Punkte zieht“.

Massive Probleme bei der WS

Die besonderen Belange der Wasserschutzpolizei werden nicht mehr bei der Beförderung berücksichtigt. Die Politik und die Polizeiführung wird sich entscheiden müssen, ob weiterhin Fachverständ für den Hamburger Hafen benötigt wird oder nicht. Es kann nicht eine bestimmte Vorqualifizierung als Einstellungsvoraussetzung gefordert werden, die dann bei der Vergütung und dem weiteren beruflichen Werdegang außer Acht gelassen werden soll.

Es wird kein technischer Offizier nur wegen des „festen Arbeitsplatzes“ seine Tätigkeit in der Seefahrt aufgeben, wenn nebenher das Weihnachtsgeld gekürzt, er besoldungsrechtlich mit einem 18-jährigen Berufsanfänger gleichgestellt wird (er hat ja keine Erfahrung) und die Aufstiegschancen schwer kalkulierbar sind. Allein ein Blick in den aktuellen HTV 2009 (Heuertarifvertrag für die deutsche Seeschiffahrt 2009) reicht aus, die mangelnde Nachfrage von qualifiziertem Nachwuchs aus der Berufsschiffahrt um Ausbildungsplätze bei der Polizei Hamburg zu erklären. Andere Behörden (z. B. WSD oder BG Verkehr [vorher See-BG] stellen diese Bewerber zu besseren Kon-

ditionen ein und bieten bessere Karrierechancen). Der qualifizierte Nachwuchs wird so sicher nicht zu gewinnen sein und die Berufsverbände sind gefordert, hier Veränderungen zu erreichen. Hier wird der Fachbereich WS weiterhin am Ball und im Gespräch mit den Entscheidungsträgern bleiben und Verbesserungen fordern.

Da reicht es auch bei weitem nicht aus, dass jetzt Veränderungen bei der Besoldung während der Ausbildung/des Studiums in Aussicht gestellt werden. Dieses Ansinnen kann man unstrittig in „Utopia“, „Phantasia“ und sonstigen Wolkenkuckucksheimen verorten.

Zusammenfassend stellen wir fest, dass mit der neuen Beförderungsrichtlinie der Polizei Hamburg ein Kurswechsel gelungen ist, weg von der fast ausschließlichen Anciennitäts- hin zur Leistungsbeurteilung/-bewertung als Grundlage für die Beförderungsauswahl.

Es liegt jetzt in der Leistungsbereitschaft des Beamten und der Leistungsbeurteilung durch den Erst- und Zweitbeurteiler, ob der Beamte in das nächst höhere Statusamt aufsteigt oder bis zur nächsten Beförderungsauswahl weiter in seinem aktuellen Statusamt verweilen wird.

Der Landesbezirksvorstand



Polizeisozialwerk
Hamburg GmbH
Eine Gründung der Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk Hamburg

Lieber warmen Sand zwischen den Zehen, als kaltes Eis unter der Sohle!



Genießen Sie zum Beispiel die Sonne auf Fuerteventura:
24.01. – 31.01.2011, Abflug Hamburg
Hotel Mogan Princess, 4 Sterne, Doppelzimmer mit Halbpension
ab €487,- pro Person

Dieses und viele andere Angebote erhalten Sie im:

Polizeisozialwerk Hamburg GmbH
Hindenburgstr. 49
22297 Hamburg
Tel: 040 / 28 08 96 16
Fax: 040 / 28 08 96 27
Mail: psw-reisen-hamburg@gdp-online.de
www.psw-hamburg.de



Gorleben – Kein Ende in Sicht!

Die Aufkündigung des Atomausstiegs durch die Bundesregierung, das Zugeständnis an die Atomlobby zeigte beim Transport von Atom-müll nach Gorleben Anfang November seine Wirkungen. Tausende Atomkraftgegner demonstrierten auf unterschiedlichste Weise im Wendland. Und dies mit unübersehbaren Schwierigkeiten für die Polizei.

Zehntausende Kolleginnen und Kollegen aus dem gesamten Bundesgebiet waren angefordert worden, um den Transport ins Zwischenlager Gorleben zu sichern.

Und für alle eingesetzten Kräfte galt: eine unzumutbare, logistisch kaum mehr zu bewältigende Situation. Dienstzeiten von über 24 Stunden, keine Versorgung von Polizeikräften und nach dem Einsatz eine unsägliche Diskussion über die Anrechnung von Dienst- und Ruhezeiten sind nur einige Probleme.



Gorleben: Sicher?

Die GdP Hamburg betreute auch im Wendland die eingesetzten Kräfte aus Hamburg. Gerhard Kirsch, stellvertretender Landesvorsitzender, und Adrian von Mitschke-Collande, Geschäftsführer der GdP Hamburg, sammelten eigene Eindrücke vor Ort und konnte sich von den schwierigen Einsatzumständen überzeugen. In enger Zusammenarbeit mit Betreuungskräften der GdP aus den anderen Bundesländern wurden aktuelle Probleme aufgegriffen und zeitnah gelöst.

Auch auf Ebene der Bundes-GdP wurde deutlich Position bezogen. „Die Polizei,“ so der Bundesvorsitzende der GdP, Konrad Freiberg, „sehe sich immer mehr in die Rolle des Erfüllungsgehilfen politischen Machterhalts gedrängt.“

Der GdP-Bundesvorsitzende: „Die intransparente, widersprüchliche und einseitig gönnerhaft erscheinende Politik der Regierung treibt die Bürgerinnen und Bürger zu Recht auf die Straße. Es war daher nicht gewagt, den Protesten gegen den Castor-Transport eine neue Dimension zu prophezeien. Den Zorn und die Enttäuschung über solches Handeln laden die Demonstranten bei der Polizei ab, die in einer unfreiwilligen wie undankbaren Puffer-Position und durch massive Einsatz-Überlastung zerrieben wird.“

Sicher ist bereits jetzt: Dies wird nicht der letzte Großeinsatz im Wendland sein. Es stehen weitere Transporte an und auch diese werden die Polizei wieder an ihre Leistungsgrenze kommen lassen.

Jörn Clasen

SOZIALPOLITIK

Diabetes im Polizeivollzugsdienst

Die Zeit des Wartens ist fast vorbei ... Die Mitglieder der „AG-Soziales“ haben in den letzten Wochen recherchiert und Gespräche geführt. Nun sollen die Früchte dieser Arbeit von euch untermauert werden. Unser Ansatz war „Diabetes im Polizeivollzugsdienst“.

Anzeige

**Notdienst der
Glaserinnung Hamburg**
für alle Hamburger Bereiche

Glaser-Notdienst
Tel. 830 06 60

 **Firmenungebundene
Auftragsannahme**

Wir mussten jedoch feststellen, dass die Auswirkungen der allgemeinen Arbeitsbelastung weit dramatischere Auswirkungen haben, als „nur“ Diabetes mellitus. Die Folgen für alle Beschäftigten der Polizei – Vollzugsbeamte – Verwaltungsbeamte – Tarifbeschäftigte – sind gleichermaßen auffällig. Wir wollen die Fragen zur Diabetes nicht vollständig vernachlässigen, jedoch das Hauptaugenmerk auf die gesamte Arbeitssituation richten.

In der Januar-Ausgabe 1/2011 der GdP-Zeitung werdet ihr den angekündigten Fragebogen zur allgemeinen Arbeitsbelastung und die Auswirkungen finden. Dieser Fragebogen soll uns als Arbeitsvorlage dienen; es handelt sich dabei nicht um eine wissenschaftliche Studie!

Eine ganze Seite ist für diese Umfrageaktion vorgesehen. Trennt die Seite aus dem Heft heraus, kopiert sie für nichtorganisierte Kolleginnen und Kollegen und sendet sie anonym zurück an die GdP-Geschäftsstelle. An der Geschäftsstelle wird auch ein „AG-Soziales Postkasten“ stehen, wo ihr die ausgefüllten Bögen persönlich einwerfen könnt – natürlich auch anonym! Details finden sich dann auf dem Fragebogen. Je mehr Fragebögen beantwortet abgegeben werden, umso größer ist die Aussagekraft zur Arbeitssituation.

Damit wir das Thema zur allgemeinen Arbeitsbelastung effektiv aufbereiten können, brauchen wir eure Unterstützung!

Das Team der „AG-Soziales“ wünscht allen Kolleginnen und Kollegen ein besinnliches Weihnachtsfest und ein gesundes neues Jahr.

Marit Pufahl für AG-Soziales



Ann-Kathrin Meyer – eine Ärztin kämpft gegen Alzheimer

Unter dieser Schlagzeile berichtete das „Hamburger Abendblatt“ vom 17. 1. 2003 über die Internistin und Chefärztin der Geriatrie (Altersheilkunde) der Asklepios Klinik Wandsbek (damals AK Wandsbek), die nun seit vielen Jahren sich zur Aufgabe gemacht hat, alten Menschen zu helfen. Für die Fachärztin eine nicht immer leichte Aufgabe, aber eine mit einer großen Herausforderung!

Frau Dr. Meyer hält seiner einiger Zeit in den Fachkliniken Vorträge zu diesem interessanten Thema, welches man aber doch als gesunder Mensch verdrängen möchte. Nach dem Motto: „Mir passiert es schon nicht und hiervon sind ja nur die ‚Anderen‘ betroffen“!

Ganz aktuell wurde Frau Dr. Meyer in der NDR-3-Fernsehsendung „Visite“ am 9. 11. 2010 zu diesem Thema interviewt und gab diverse Ratschläge zur Vorsorge.

Zu Beginn des Referates ging die Chefärztin auf die aktuelle Statistik der erkrankten Patienten in Deutschland ein, wo von den derzeit 65- bis 69-Jährigen 5%, von den 70- bis 74-Jährigen 9%, von den 75- bis 79-Jährigen 12%, den 80- bis 90-Jährigen schon 24% der Bevölkerung an Demenz erkrankt sind. Es ist also ein altersabhängiger Anstieg, der alle gesellschaftlichen Bevölkerungsschichten erfasst.

So waren z. B. folgende prominente Persönlichkeiten, wie Ronald Reagan, Charles Bronsen, Herbert Wehner, Helmut Schön, Klaus-Jürgen Wussow, Rita Hayworth und Helmut Zacharias an dieser so schleichenden und nicht heilbaren Demenz erkrankt.

Wie wirkt sich die Krankheit aus und wie erkenne ich die Symptome?

Es findet eine Beeinträchtigung des Gedächtnis statt, welche Auswirkungen auf das Rechnen, das Denken und die Lernfähigkeit sowie die Orientierung, das Urteilsvermögen und die Sprache hat. Dieses wirkt sich dann bei den Betroffenen auf die körperliche Hygiene, der Haushaltsführung und auch im Beruf aus.

Die Krankheitskurve beginnt mit Auffälligkeiten im Beruf durch Vergesslichkeit, Aufmerksamkeitsdefizit und geht dann über in Aggressionen, Verhaltensstörungen bis zum schweren Stadium, des Gedächtnis- und Sprachzerfalls.

Heute kann aber den Patienten geholfen werden, indem die Krankheit nicht weiter stark ansteigt und eine gewisse Le-



Fr. Dr. Meyer beeindruckte durch viele Informationen.

bensqualität erhalten bleibt. Hierfür ist es aber notwendig, dass die Betroffenen sich rechtzeitig in die Behandlung der Fachärzte begeben.

Es ist bei der anschließenden medizinischen Therapie nicht das Ziel, eine Leistungssteigerung des Gehirns zu erreichen, aber wenigstens eine Aufrechterhaltung der alltagspraktischen Fertigkeiten und eine Stärkung des noch vorhandenen Funktionsniveaus, so Frau Dr. Meyer.

Was aber kann ich selbst tun und wie kann ich vorbeugen?

Indem wir uns für eine gesunde und ausgewogene Ernährung mit verschiedenen bunten Gemüsearten (frischen Salaten) sowie sportliche Betätigungen in der frischen Luft, wie Laufen, Wandern oder auch Rad fahren entscheiden. Wichtig ist es auch, in regelmäßigen Abständen den Blutdruck und Blutzucker kontrollieren zu lassen! Außerdem ist ein Gedächtnisstraining eine vorbeugende Maßnahme.

Diese Ratschläge treffen nicht nur für uns „Alte“, sondern auch für unsere jungen Kolleginnen und Kollegen zu. Wir hoffen, dass wir alle einigermaßen von dieser schleichenden Krankheit verschont bleiben.

Wo bekomme ich Hilfe in Hamburg?

Unterstützung und Beratung können wir in der „Alzheimer Stiftung“, Hamburg-Wandsbek, Tel.: 0 40/68 91 36 25, und der „Hamburgischen Brücke e.V.“ in Hamburg-Uhlenhorst, Tel.: 0 40/22 72 98-0, erhalten. Auch der Fachbereichsvorstand Senioren steht für Fragen zu Hilfsangeboten zur Verfügung.

Peter Leiste

Senioren machen mit, und Achtung: Lüge!

An zwei kurz hintereinander folgenden Demonstrationen und Kundgebungen (30. 9. und 6. 10. 2010) nahmen auch viele Seniorinnen und Senioren teil, um einerseits ihre aktiven Kolleginnen und Kollegen bei den Protesten gegen die Sparpolitik des Hamburger Senates zu unterstützen, andererseits aber auch ihren Unmut über die geplanten Kürzungen, wie z. B. das Weihnachtsgeld, zum Ausdruck zu bringen. Vielen Dank dafür!

Auf der Mitgliederversammlung im September 2009 (siehe DP Oktober 2009) des Fachbereiches Senioren,

sprach sich noch der heutige Bürgermeister und damalige Innensenator, Herr Christoph Ahlhaus, gegen die Kürzung des Weihnachtsgeldes aus! So sagte er auf Nachfrage: „**Wir legen ein Konjunkturprogramm auf und gleichzeitig würden wir die Sonderzuwendung streichen, das wäre ja dummes Zeug!**“

Herr Bürgermeister, wir erinnern Sie gerne an Ihre Aussage und hoffen, dass der Senat die Streichung und Kürzung des Weihnachtsgeldes zurücknimmt!

Peter Leiste,

Vorsitzender Fachbereich Senioren



WIR GRATULIEREN ZUM

70. Geburtstag

- 1. Dezember 2010 Horst Arwers
- 25. Dezember 2010 Peter Brandt
- 26. Dezember 2010 Horst Ziemann

85. Geburtstag

- 12. Dezember 2010 Waldemar Bracklo
- 15. Dezember 2010 Hans Kobs
- 17. Dezember 2010 Rudi Daue
- 30. Dezember 2010 Gerda Steinfeld

86. Geburtstag

- 6. Dezember 2010 Wilma Sturr
- 19. Dezember 2010 Heinz Zander
- 23. Dezember 2010 Heinz Gardecki
- 29. Dezember 2010 Herbert Mentzer

87. Geburtstag

- 2. Dezember 2010 Hedwig Seemann
- 16. Dezember 2010 Bruno Carolus
- 28. Dezember 2010 Artur Lissy

89. Geburtstag

- 2. Dezember 2010 Günter Schlums
- 7. Dezember 2010 Gertrud Hartmann
- 27. Dezember 2010 Heinrich Bruns

90. Geburtstag

- 19. Dezember 2010 Siegmund Ochmann
- 27. Dezember 2010 Werner Sydow

91. Geburtstag

- 10. Dezember 2010 Hilde Heel
- 13. Dezember 2010 Emma Jahnke
- 14. Dezember 2010 Helmut Eckstein
- 18. Dezember 2010 Ilse Meyer
- 25. Dezember 2010 Hella Möller
- 26. Dezember 2010 Carla Beckmann

94. Geburtstag

- 3. Dezember 2010 Herbert Rakowske
- 10. Dezember 2010 Anne Winter
- 20. Dezember 2010 Käte Bordewick

96. Geburtstag

- 20. Dezember 2010 Johann Wanschura
- 23. Dezember 2010 Günther Karmann
- 26. Dezember 2010 Erich Rauch

wohlverdienten Ruhestand

- 31. Dezember 2010
- Uwe Carstensen POK WSPK 2
- Werner Behn POK LKA 151
- Uwe Koßel PHK ZP 34

Hinweis:

Aus datenschutzrechtlichen Gründen ist eine Veröffentlichung von Dienstjubiläen ohne ausdrückliche Zustimmung des Jubilars in der Zeitschrift „Deutsche Polizei“ leider nicht mehr gestattet. Sollte eine Veröffentlichung des Dienstjubiläums gewünscht werden, bitten wir um Mitteilung des Termines an die GdP-Mitgliederverwaltung. **Tel.: 0 40/28 08 96-17.**

FACHBEREICH SENIOREN

Frohe Weihnachten und ein gesundes neues Jahr 2010

Der Fachbereichsvorstand der Senioren wünscht all unseren Mitgliedern und deren Angehörigen ein frohes, besinnliches und gesundes Weihnachtsfest sowie einen guten Rutsch in das neue Jahr.

Wir danken allen Gästen und Referenten, die uns mit Vorträgen und Referaten zu aktuellen Themen im abgelaufenen Jahr unterstützt haben

Ankündigung!

Da im Dezember keine Mitgliederversammlung des Fachbereiches Senioren stattfindet, laden wir schon jetzt zu unserer ersten Versammlung im neuen Jahr,

am Dienstag, dem 11. Januar 2011, um 15.00 Uhr

in die Kantine des Polizeipräsidiums ein.

Zu unserer Mitgliederversammlung am 8. Februar 2011 hat unser neuer Innensenator, Herr Heino Vahldieck, die Einladung angenommen und wird uns Rede und Antwort stehen!

Fachbereichsvorstand Senioren

Anzeige



STERBEFÄLLE

29. September 2010 Paola Galler AiIuA i. R. (75)	14. Oktober 2010 Karl Plümpe PHM i. R. (92)
4. Oktober 2010 Egon Freystatzky POK i. R. (71)	17. Oktober 2010 Manfred Nett PHM i. R. (72)
9. Oktober 2010 Wilhelm Poppenheger AiI i. R. (78)	29. Oktober 2010 Jürgen Schauer VA i. R. ((49)
10. Oktober 2010 Walter Muchow PHM i. R. (95)	

Wir werden den Toten ein ehrendes Andenken bewahren.

